Gemeinde Mainhausen, Dienstag, 9. Dezember 2014

Breitbandversorgung in Mainhausen

Der nächste Schritt muss folgen

Im Jahr 2008 machte sich Mainhausen erstmals auf den Weg die Breitbandversorgung zu verbessern. Nach einer Bedarfsermittlung, mehreren Gesprächen mit Anbietern wurde das Markterkundungsverfahren nach dem „Förderleitfaden Breitbandversorgung ländlicher Räume“ des Hessischen Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung durchgeführt. In diesem Markterkundungsverfahren wurde, mit OR-Network, ein Betreiber elektronischer Kommunikationsnetze identifiziert, der sich ohne finanzielle Beteiligung Dritter in der Lage sieht, zu marktüblichen Bedingungen bedarfsgerechte Breitbanddienste im definierten Bedarfsgebiet anzubieten. Die Basis für eine flächendeckende Breitbandversorgung in der Gemeinde Mainhausen wurde damit gelegt und der Vertrag mit der Firma OR Network unterzeichnet.

„Allerdings konnte dieser Schritt nur der erste Schritt auf einem langen Weg sein“, stellt Bürgermeisterin Ruth Disser bei Einbringung einer neuen Beschlussvorlage fest. Die Gemeindevertretung hatte über einen Grundsatzbeschluss zu beraten, der „zur schnellstmöglichen Umsetzung einer flächendeckenden und zukunftsfähigen Breitbandversorgung für die Bevölkerung und Wirtschaft der Gemeinde Mainhausen eine Verbundlösung mit den kreisangehörigen Kommunen sowie dem Kreis Offenbach vorsieht.“

Ausgangspunkt für diesen Grundsatzbeschluss war eine Machbarkeitsstudie auf Kreisebene, also über alle Kommunen des Kreises Offenbach. Diese stellt fest, dass der Kreis mit ca. 81% grundsätzlich gut versorgt ist, es jedoch ein deutliches Gefälle vom Westen zum Osten des Kreises gibt und einige Städte/Gemeinden nicht zeitgemäß und schon gar nicht zukunftsfähig versorgt sind. „Zwischen dem Kreis Offenbach und den kreisangehörigen Kommunen besteht zwischenzeitlich Konsens, dass die Schaffung einer ausreichenden zukunftsfähigen, flächendeckenden Breitbandversorgung eine solidarische Herangehensweise erfordert“, erklärt Ruth Disser sichtlich erleichtert darüber, dass nach vielen Gesprächen endlich ein gemeinsamer Weg aller Kreiskommunen gegangen werden soll. Sobald alle Kreiskommunen den erforderlichen Grundsatzbeschluss gefasst haben, wird das notwendige Interessenbekundungsverfahren (IBV) eingeleitet. Denn für den anschließenden Breitbandausbau im Kreis Offenbach ist erforderlich die Wirtschaftlichkeitslücke der Kommunen in einem IBV verlässlich zu ermitteln, um anhand des Ergebnisses die ermittelten Kosten zu veranschlagen. Das IBV nimmt ca. 6 Monate in Anspruch, alsdann könnte der Ausbau beginnen.

Mit der mehrheitlichen Zustimmung durch die Gemeindevertretung hat Mainhausen wohl als eine der ersten Kreiskommunen das erforderliche Signal für die Einleitung der erforderlichen Verfahrensschritte gegeben.